

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 3 (1923-1924)
Heft: 10

Artikel: Taktik und Grundsätze. Teil II
Autor: Grimm, Robert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-328684>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ro te Revue

Sozialistische Monatsschrift

10. HEFT

JUNI 1924

III. JAHRG.

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Taktik und Grundsätze.

Von Robert Grimm.

II.

Das sozialdemokratische Parteiprogramm ist keine Heiligenbüchlein, die, einmal aufgestellt, nicht mehr geändert werden dürfte. Da die Sozialdemokratie selbst das Produkt der geschichtlichen Entwicklung ist, muß sie auch ihr Programm entwickeln, es fortwährend kontrollieren und, wenn nötig, mit den neuen gesellschaftlichen Erscheinungen in Übereinstimmung bringen. Abgesehen von der Grundsatztendenz und dem Endziel, die durch jene seit dem Krieg eingetretene Entwicklung nur noch schärfer unterstrichen wurden und keiner Revision bedürfen, ist es sehr wohl möglich, daß bei näherem Studium der Verhältnisse sich die Notwendigkeit einer Programmweiterung ergibt.

Ich denke hier an jene Erscheinungen, die aus der im ersten Artikel angedeuteten Verschärfung des kapitalistischen Konzentrationsprozesses hervorgehen. Der Kapitalismus ist durch den Krieg ein anderer geworden, als er war. An die Stelle der freien Konkurrenz treten immer mehr die monopolistischen Tendenzen. Die Produktivkräfte sollen zugunsten der im Besitz der Produktionsmittel befindlichen Schichten organisiert werden. Jeder in dieser Richtung unternommene Schritt führt zu einer schärferen Ausprägung der kapitalistischen Herrschaft. Ein konzentriertes wirtschaftliches Machtgebilde entsteht, das sich immer deutlicher gegen die Arbeitermassen auswirkt und anderseits den Staat, dessen Gesetzgebung und Verwaltung unter seine Befähigung zu bringen sucht.

Aus dieser Sachlage erwachsen der Arbeiterklasse neue Aufgaben. Sie muß dem Kartell- und Trustwesen, den kapitalistischen Monopolen aller Art vermehrte Aufmerksamkeit schenken. Sie muß die Rolle des Finanzkapitals, das die Produktion und den Handel kontrolliert, verfolgen. Ihre Aufgabe kann sich nicht mehr in der Hauptsache auf die Verbesserung der sozialen Existenzbedingungen beschränken. Der Kampf für diese Verbesserungen hat ein immer tieferes Eindringen in die kapitalistischen Zusammen-

hänge zur Voraussetzung. Die Kontrolle der Produktion und der gesamten Wirtschaft geht als proletarische Forderung aus der Wandlung der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse zwingend hervor, das Problem der Wirtschaftsdemokratie tritt in den Vordergrund. Hier ist es Sache ernster, gewissenhafter Untersuchung, Formen, Mittel und Methoden der gesellschaftlichen Kontrolle über die Produktion festzustellen, die aus den ökonomischen Veränderungen sich ergebenden Forderungen zu formulieren und so die Arbeiterklasse auf die bewußte Anteilnahme an der Leitung der Produktion und des Gütertauschs vorzubereiten.

Diese Aufgabe ist nicht leicht. Sie ist außerordentlich kompliziert und wird nur in einem langandauernden geschichtlichen Prozeß erfüllt werden können. Sie hat eine ungeheure Erziehungsarbeit zur Voraussetzung, in deren Verlauf die Einsicht der Massen in die wirtschaftlichen Tatbestände und Notwendigkeiten wächst und ihre Fähigkeiten zum planmäßigen Aufbau der Wirtschaft sich heranbilden.

In dieser Richtung ist eine Revision des sozialdemokratischen Parteiprogramms nicht nur wünschenswert; sie ist notwendig. Aber bei dieser Revision wird es sich keinesfalls um eine Preisgabe bisheriger Grundsätze handeln. Im Gegenteil: nur eine Erweiterung, eine Ergänzung des gegenwärtigen Programms kommt in Frage.

Die 1920 durchgeführte Programmrevision hat sich auf die Erweiterung des theoretischen Teils beschränkt. Das Arbeitsprogramm, obwohl veraltet und teilweise überholt, blieb, wie es war. Man konnte in jenem Zeitpunkt die ökonomischen Wirkungen des Krieges und die Veränderungen der kapitalistischen Wirtschaft noch nicht so klar überblicken, wie es heute der Fall ist. Nunmehr gilt es, zwar nicht den Teil des Programms zu ändern, der die allgemeine Darstellung des Kapitalismus, seines Wesens und seiner Grundlinien enthält, wohl aber die neuen Aufgaben zu umschreiben, die sich für die Arbeiterklasse aus der Entwicklung des organisierten Kapitalismus der Nachkriegszeit ergeben.

Um eine solche Erweiterung des Programms handelt es sich aber bei den heutigen Anhängern der Beteiligung am Bundesrat nicht. Jene Richtung, die den Linksbloß, die Beseitigung des Bekenntnisses zur Diktatur und die Preisgabe der oppositionellen Stellung der Partei befürwortet, will eine Revision der bisherigen Parteigrundsätze, nicht deren Erweiterung und Ergänzung. Und darin besteht der grundsätzliche Unterschied: was uns vorgeschlagen wird, was seinen Ausdruck in der Beteiligung der Partei am Bundesrat finden soll, ist eine Revision des Parteiprogramms im Sinne der Annäherung an den Kapitalismus, statt seiner Überwindung, im Sinne der Verwischung der Klassengegensätze, statt ihrer schärferen Herausarbeitung, im Sinne der Verdunkelung des sozialistischen Endziels, statt seiner deutlicheren Betonung.

Eine derartige Revision, die letzten Endes in der Theorie von der Harmonie der Klassen ausmünden und die Sozialdemokratie zu einer Partei der bürgerlichen Sozialreform erniedrigen müßte, ist entschieden abzulehnen, sobald man sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellt und die Arbeiterbewegung als Produkt der geschichtlichen Entwicklung auffaßt.

Erinnern wir uns, um was es im proletarischen Klassenkampf geht.

Der Wirtschaftsprozeß ist das evolutionäre Material, die Tätigkeit des Proletariats das revolutionäre Umgestalten. Die Wirtschaft entwickelt sich nach den ihr innwohnenden Gesetzen, das Proletariat muß seine Aktion in der Richtung dieser Entwicklung entfalten. Die Wirtschaft drängt unter der Herrschaft des organisierten Kapitals zu einer Umwälzung der Eigentumsverhältnisse, das Proletariat muß diesem Prozeß bewußt Vorschub leisten. Die Umwälzung der Eigentumsverhältnisse kann sich nur vollziehen durch den Übergang der politischen Macht von der einen auf die andere Klasse, das Proletariat muß sich auf diesen Übergang vorbereiten und ihn zu beschleunigen suchen.

Daraus ergibt sich der selbständige, revolutionäre Charakter der proletarischen Tätigkeit. Die Sozialdemokratie darf nichts unternehmen, was diesen Charakter abschwächt oder verwischt, denn sonst ginge die Selbständigkeit der proletarischen Aktion verloren, es würde die geschichtliche Aufgabe der Arbeiterklasse: die Umwandlung der Eigentumsverhältnisse preisgegeben.

Um es gleich hier einzuschalten: wenn ich vom selbständigen, revolutionären Charakter der proletarischen Tätigkeit rede, hat das mit Revolutionsromantik nichts zu tun. Der Sozialismus ist weder ein politisches Ziel, noch kann er mit einem Schlag verwirklicht werden. Der Sozialismus strebt eine neue soziale Organisation der Wirtschaft an; die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse ist Mittel, um die Wirtschaft in diesem Sinne auszustalten. Diese soziale Ausgestaltung der Wirtschaft selbst muß sich organisch vollziehen und kann nur dann zum Erfolg führen, wenn sie den objektiven Möglichkeiten folgt. Den deutlichsten Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung haben wir in den einander widersprechenden, manchmal verzweifelten Maßnahmen der Sowjetwirtschaft in den russischen Räterepubliken.

Es ist auch keine Rede davon, daß die Betonung des revolutionären Charakters der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung die tägliche Kleinarbeit, die sogenannte praktische Arbeit ausschalte und verhindere. Diese Arbeit ist Voraussetzung für die Erfüllung der revolutionären Aufgabe des Proletariats. Wir alle, die wir seit Jahren in der Praxis der Arbeiterbewegung stehen, leisten praktische Arbeit. Nur kommt es darauf an, wie wir sie leisten: ob im Sinne der Aufrechterhaltung des selbständigen, revolutionären Charakters der proletarischen Tätigkeit oder im gegenteiligen, verhängnisvollen Sinne.

Hier scheiden sich die Wege. Die Preisgabe des Bekenntnisses zur Diktatur und der oppositionellen Stellung der Partei wie das Kokettieren mit dem Linksblock stehen bewußt oder unbewußt im Gegensatz zur Selbständigkeit der proletarischen Aktion. Anstatt diese Selbständigkeit zu betonen, soll sich die Arbeiterklasse den Bedürfnissen der kapitalistischen Wirtschaft unterordnen. Anstatt ihre Tätigkeit in der Richtung der Umwälzung der Eigentumsverhältnisse auszuüben, soll sie sich mit der auf dem Privateigentum beruhenden Wirtschaft aussöhnen. Anstatt das Proletariat auf den Übergang der politischen Macht von der einen auf die andere Klasse vorzubereiten, soll es sich auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft und auf dem Wege der Koalitionspolitik in die politische Macht mit den bürgerlichen Klassen teilen.

Man wende nicht ein, diese Folgerungen entsprängen der Schwarzehe. Warum soll denn das Bekenntnis zur Diktatur aus dem Parteiprogramm gestrichen, die oppositionelle Stellung der Partei preisgegeben, der Linksblock angestrebt werden? Die Argumentation ist in allen drei Fällen die gleiche. Ohne Programmänderung in diesem Sinne könne man die Volksmassen, genauer „die demokratisch empfindenden Teile des Volkes“ nicht gewinnen. Anstatt diesen Teilen zu sagen, daß die proletarische Diktatur als Übergangsstadium im sozialen Krieg der Klassen ebenso nötig werden kann wie die Diktatur einer bürgerlichen Regierung im nationalen Krieg der Völker, anstatt den oppositionellen, revolutionären Charakter der Partei historisch zu begründen, anstatt den prinzipiellen Gegensatz, der zwischen der Sozialdemokratie und allen bürgerlichen Parteien besteht, herauszuarbeiten und zu unterstreichen, verzichtet man freiwillig auf die bisherigen Grundlagen, in der Meinung, dadurch die „demokratisch empfindenden Volkssteile“ an unsere Partei fesseln zu können.

Ich will den „demokratischen“ Bekennermut der „demokratisch empfindenden Volksteile“ nicht näher untersuchen, so verlockend die Aufgabe wäre, zu zeigen, wie sich diese „demokratischen Empfindungen“ jeweilen auswirken, wenn um proletarische Klassenforderungen gekämpft wird. An und für sich ist es wohl denkbar, daß durch eine Preisgabe unserer Parteigrundsätze die schwankenden Gestalten auf dem linken Flügel der Bourgeoisie zu uns hinübergezogen werden könnten. Die Frage ist nur, was wir dann auf der anderen Seite verlieren. Neben der Selbständigkeit und den bisherigen Grundlagen der Partei würde uns ein wertvoller, vielleicht der wertvollste Teil der Arbeitermaßen verlorengehen.

Man mag diese Gefahr im Augenblick unterschätzen, weil der aktive Kampf der Arbeiterklasse zurzeit nur in einem sehr beschränkten Umfange möglich ist. Das Proletariat steht jetzt in der Defensive, die durch die höhere Organisation des Kapitalismus und durch die schlechende Krise bedingt ist. Aus dieser Defensivstellung heraus ist ja auch der Wunsch nach einer Revision des Parteiprogramms in dem

hier bestrittenen Sinne laut geworden. Aber das Proletariat kann auf die Dauer nicht in der ausschließlichen Abwehrstellung bleiben. Die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft und der Klassengegensätze drängen und zwingen es zu neuen Angriffskämpfen, die zum Teil auf gewerkschaftlichem Boden schon jetzt eingesetzt haben. So wie die Arbeiterschaft in den ersten Kriegsjahren durch die elementare Wucht der Verhältnisse zurückgeworfen wurde und dann in den Jahren 1917 bis 1919 einen glänzenden Aufstieg nahm, so wird der gegenwärtigen Periode des Niedergangs, die wohl in den meisten Kantonen und in den Gewerkschaften als abgeschlossen betrachtet werden kann, ein neuer Aufstieg folgen.

Wodurch aber ist der Aufstieg der schweizerischen Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte der Kriegsjahre herbeigeführt worden? Etwa durch eine Preisgabe von Parteigrundsätzen, durch eine Milderung der Kampfformen? Keine Spur! Selbstverständlich hat der Wirtschaftsprozeß, hat die Erschwerung der Existenzbedingungen die Erfolge der Arbeiterbewegung begünstigt, aber die Sammlung der Massen unter dem Banner der Sozialdemokratie erfolgte erst, als die Partei und die Gewerkschaften ihre Aktionen erweiterten, die Kampfmittel ausbauten, die Kampfformen verschärften und in dem hier dargelegten selbständigen und revolutionären Sinne das Denken und Handeln der Arbeiterklasse beeinflußten.

Nun wird die jetzt anhebende Periode des erneuten Aufschwungs der proletarischen Entwicklung natürlich nicht den genau gleichen Verlauf nehmen wie die Aufschwungsperiode während des Krieges. Dazu fehlt die grundlegende Voraussetzung: der Krieg. Anderseits hat auch das Bürgertum etwas gelernt und der Kapitalismus verfügt über eine weit besser organisierte wirtschaftliche Macht. Die Kämpfe werden nicht leichter, sie werden schwieriger sein. Um das gleiche Kampfziel zu erreichen, werden größere Kräfte eingesetzt werden müssen als früher. Es geht uns nicht anders, als es den Gewerkschaften im Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit gegangen ist. Die Reduktion der täglichen Arbeitsstunden von 11 auf 10 erheischte einen viel geringeren Kraftaufwand als beispielsweise die Herabsetzung von $9\frac{1}{2}$ auf 9 Stunden. Und dann kam mit einem großen Ruck, auf der Grundlage der Gesamtsolidarität der Arbeiterklasse, der gesetzliche Achtstundentag.

Diesen Kämpfen kann die Arbeiterklasse auf die Dauer nicht ausweichen. Die Kämpfe bleiben, solange die Klassengegensätze bestehen. Sie können vorübergehend unterbrochen werden und sie werden später um so gewaltiger wieder ausbrechen. Sie werden aber auch um so erfolgreicher geführt werden können, je klarer ihre Ursachen in den Augen der Arbeiter erscheinen, je umfassender und tiefer die gesellschaftliche Erkenntnis des Proletariats ist.

Auf diese Kämpfe die Arbeiter vorzubereiten, bildet eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Diese Aufgabe aber wird erschwert, ja verunmöglicht, wenn sich die Partei von ihrer geschichtlichen Grundlage entfernt. Ein solches Entfernen wäre es,

würde man um den Preis des Gewinnens der „demokratisch empfindenden Volksteile“ die im heutigen Parteiprogramm niedergelegten grundsätzlichen Anschauungen aufgeben. Man würde vielleicht das Vertrauen linksbürgerlicher Kreise erwerben und sicher das Vertrauen der Arbeiter verschaffen.

Um diesen Preis lohnt sich eine Revision des Parteiprogramms nicht. Was wir brauchen, ist nicht eine Revision der Parteigrundsätze, die uns dem Bürgertum nähert, erforderlich ist eine Erweiterung des Programms, die das Vertrauen der Arbeiter in die Partei stärkt.

Arbeitszeitgesetz und Arbeitszeit. Die in bezug auf die Arbeitszeit gesetzlich nicht geschützte Arbeiterschaft.

Von A. Lienhard, Adjunkt des eidgen. Fabrikinspektors.

Die Frage der Arbeitszeit ist trotz der Abstimmung vom 17. Februar noch nicht zur Ruhe gekommen, ja sie beschäftigt die Öffentlichkeit zurzeit noch mehr als vordem, da sich die Abwehrkämpfe der Arbeiterorganisationen gegen die Bestrebungen einer Reihe von Betrieben auf Einführung der 52-Stundenwoche verdichteten. In welchem Umfange diese Arbeitszeit heute Geltung hat, d. h. wie viele Betriebe von der zuständigen Behörde die bezügliche Bewilligung erhalten haben und wie viele von den dem Fabrikgesetz unterstellten Arbeitern beispielsweise im Jahre 1923 unter diesem Regime standen, wäre wohl einer näheren Untersuchung wert und würde ohne Zweifel die Öffentlichkeit in hohem Maße interessieren. Wir wollen uns heute aber nicht mit dieser Frage beschäftigen. Ob die 48-Stundenwoche weniger, oder die 52-Stundenwoche mehr Geltung hat, ist für unsere heutigen Ausführungen von untergeordneter Bedeutung; die eine wie die andere ist gegenüber den Verhältnissen vor dem Jahre 1920, die von der 64- und 59-Stundenwoche beherrscht wurden, als einen gewaltigen kulturellen Fortschritt anzusprechen.

Aber obwohl die unmittelbar nach Kriegsende mit elementarer und ebenso zwingender Wucht eingesetzte proletarische Bewegung zur endlichen Verwirklichung des Achtstundentages resp. der 48-Stundenwoche eine allgemeine war, d. h. von der gesamten Arbeiterschaft getragen und durchgeführt wurde, vermochte sie bei uns in der Schweiz ihr Ziel nicht im vollen Umfange zu erreichen und gesetzlich festzulegen. Während beispielsweise in Deutschland, wo die Arbeitszeitgesetzgebung die gesamte Industrie und das Gewerbe umfasst, die Novemberrevolution von 1918 sozusagen jedem Lohnarbeitenden die 48-Stundenwoche brachte, für deren Weiterbestand die deutsche Arbeiterklasse zurzeit allerdings schwere Kämpfe auszufechten hat, beschränkte sich die gesetzliche Festlegung der 48-stündigen Arbeitswoche bei uns, ab-